

„Die Diskussion versachlichen“

Obernkirchen. Der Beschluss des Kirchenvorstandes, auf dem Kirchplatz kein öffentliches Rekrutengelöbnis zu erlauben, hat ein vielfältiges Echo gefunden. Die Reaktionen reichen von großer Zustimmung bis zu heftiger Ablehnung. Dabei, so der Vorstand, sei es in einigen Fällen auch zu Missverständnissen oder Fehlinterpretationen der Erklärung des Kirchenvorstandes gekommen. In einer Presseerklärung hat sich der Kirchenvorstand daher gestern mit den Reaktionen auseinandergesetzt und die mehrheitliche Entscheidung noch einmal verteidigt.

Der Kirchenvorstand erhoffe nun von seinem Schritt in die Öffentlichkeit, dass die Diskussion versachlicht und das Gespräch untereinander gefördert werde.

Zum Inhalt: Immer wieder werde dem Kirchenvorstand vorgeworfen, mit seinem Beschluss junge Soldaten aus der Kirche auszugrenzen. Dazu sei festzuhalten, dass dem Kirchenvorstand jeder, der am Gottesdienst und Gemeindeleben teilnehmen möchte, natürlich herzlich willkommen sei. Deshalb habe der Vorstand in seiner Erklärung die Stiftskirche als Gotteshaus für den üblichen Gottesdienst anlässlich des Gelöbnisses angeboten und das bewusste Engagement der Soldaten für die Friedenssicherung ausdrücklich gewürdigt. „Mehrheitlich war und ist er der Meinung, dass ein militärisches Zeremoniell, das unter anderem das Tragen von Waffen beinhaltet, mit einem kirchlichen Ort nicht zusammenpasst.“

Dann hätten die Stadt Obernkirchen und der CDU-Stadtverband den „politischen Schaden“ beklagt, den der Kirchenvorstand der Stadt mit seinem Beschluss zugefügt habe. „Worin allerdings dieser Schaden genau besteht, ist nicht präzisiert worden.“

Tatsache sei, dass nicht der Kirchenvorstand, sondern die Wählergemeinschaft Obernkirchen die Erklärung des Kirchenvorstandes an die Presse gegeben und damit Obernkirchen in die Schlagzeilen gebracht. Die Stadt Obernkirchen habe dann mit ihrem „Offenen Brief“ die Angelegenheit unnötig zu einem Politikum gemacht.

Politischer Schaden in der Stadt entstehe allerdings jetzt, wenn die Entscheidung des Kirchenvorstandes nicht als eine demokratisch zustande gekommene und religiös begründete Gewissensentscheidung jedes einzelnen Kirchenvorstand-Mitglieds respektiert werde und mit anderen Sachfragen – die Sanierung des Kirchplatzes oder die Nutzung des evangelischen Gemeindezentrums – „Rote Schule“ – vermischt werde, weil der Kirchenvorstand den Vorgaben der Stadt nicht entsprochen habe.

Der Kirchenvorstand werde „auch weiterhin gern, wie seit Jahren üblich und bekannt,“ auf Anfrage das Gemeindezentrum Rote Schule und den Kirchplatz für öffentliche Veranstaltungen zur Verfügung stellen, sofern sie dem Charakter kirchlichen Geländes nicht widersprechen würden. Nicht nur das Internationale Bildhauersymposium in den vergangenen Wochen habe das allen Bürgern deutlich vor Augen geführt. Gute Zusammenarbeit zwischen den Gremien, Parteien und Kirchenvorständen in der Bergstadt zum Wohle aller Bürger bleibe unverzichtbar. Deshalb habe der Kirchenvorstand die Spitzen des CDU-Stadtverbandes und der Wählergemeinschaft Obernkirchen zu einem Austausch über seinen Beschluss und deren Kritik daran eingeladen.

Ebenso habe der Kirchenvorstand General Granz nach seiner massiven Kritik bei der Vereidigung in der vergangenen Woche in Bückeburg zu einem klärenden Gespräch eingeladen.